

Der Stiftungsvorsitzende
Bruno Heck
(1917 bis 1989)

„Synthese von Geist und Politik“

Jürgen Aretz

Junge Menschen zur Demokratie zu „erziehen“, das war das Anliegen Bruno Hecks, als er 1956 – nur wenige Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Unrechtsregimes und vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit dem sowjetischen System – den Vorsitz der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ übernahm. Die unter maßgeblicher Mitwirkung des engen Adenauer-Vertrauten Heinrich Krone gegründete Einrichtung darf als Vorstufe der späteren Konrad-Adenauer-Stiftung gelten.

Zu diesem Zeitpunkt konnte Heck bereits auf eine beachtliche politische Karriere zurückblicken. Der Sohn eines Arbeiters wurde 1917 auf der Schwäbischen Alb geboren, einer besonders armen Region Württembergs. Als einer der Besten seines Jahrganges bestand der begabte Schüler das württembergische „Landexamen“ und erhielt eine Art Stipendium, so dass er das Gymnasium besuchen konnte.

Am Ende der Weimarer Republik, einer Zeit scharfer weltanschaulicher und politischer Auseinandersetzungen, schloss sich Heck dem „Bund Neudeutschland“ (ND) an, einer Organisation katholischer Gymnasiasten und Hochschüler, die später von den Nationalsozialisten verboten wurde. Heck schrieb, im ND sei die „Ideale der Jugendbewegung mit dem lebendigen Vollzug des Glaubens zusammengedacht“ worden. Der siebzehnjährige Stadtgruppenführer des ND entging wegen regimekritischer Äußerungen nur knapp dem Schulausschluss.

Nach Abitur, Reichsarbeitsdienst und zwei Studienjahren in Tübingen folgte 1938 der Wehrdienst. Der Kriegsdienst verschlug ihn zu Beginn an die Westfront, später auf den Balkan und an die Ostfront, wo er 1942 schwer verwundet wurde.

Heck hatte in der Kriegszeit eine Familie gegründet und stand wie viele seiner Generation 1945 vor der Notwendigkeit, rasch eine Ausbildung zu absolvieren. Mit großem Fleiß studierte er in Tübingen klassische Philologie, Germanistik und Geschichte.

Neuanfang und Selbstkritik

Die materielle Not, die familiären Verpflichtungen und die schwierigen Studienbedingungen hielten ihn nicht davon ab, sich bereits frühzeitig politisch zu engagieren. Im Herbst 1946 wurde er zum Vorsitzenden der Studentenvertretung gewählt, seine erste „politische“ Funktion. Auf einem Studententag der französischen Besatzungszone setzte er sich ebenso nachdenklich wie selbstkritisch mit der Haltung seiner Generation auseinander: „Wo unser Bekenntnis (gegen den Nationalsozialismus) hätte gefährlich werden können, ... dort haben wir nicht bekannt, dort sind wir Auch-Nationalsozialisten gewesen ... Auch wenn wir nationalsozialistisch nicht gedacht haben – nationalistisch haben wir gedacht. Groß-Deutschland hat uns imponiert.“

Trotz der zeitbedingten Kommunikationsschwierigkeiten wurde Heck mit dieser Rede über die französische Zone

hinaus bekannt. Im Oktober 1947 konnte er vor der ersten – und für mehr als vier Jahrzehnte letzten – gesamtdeutschen Kultusministerkonferenz sprechen und für die Reorganisation des Erziehungswesens eintreten, die auf die Einheit Deutschlands Rücksicht nehmen müsse.

Nach den Staatsexamina und der Promotion unterrichtete er kurze Zeit an seinem früheren Gymnasium in Rottweil und wurde dann zum persönlichen Referenten des Kultusministers von Württemberg-Hohenzollern berufen. Es war eine für seinen weiteren Lebensweg entscheidende Weichenstellung – er wechselte faktisch aus dem Lehrerberuf in eine politische Tätigkeit.

Ganz unerwartet eröffnete sich 1952 für Heck die Möglichkeit, eine Funktion in der Bundespartei zu übernehmen, die bis dahin nur über ein Organisations- und Planungsbüro für Parteigremien und Wahlkämpfe verfügte. Nun sollte in Bonn eine Zentrale errichtet werden. Kurt Georg Kiesinger, der in seiner Eigenschaft als CDU-Landesgeschäftsführer Württemberg-Hohenzollern mit dem Landsmann Heck zusammengetroffen war, schlug ihn erfolgreich als Bundesgeschäftsführer vor.

Heck trat sein neues Amt in schwieriger Zeit an: Der Aufbau der Partei, die erst seit zwei Jahren eine Satzung hatte, musste rasch vorangebracht werden. Dies hatte auch mit der politischen Großwetterlage zu tun, die zu diesem Zeitpunkt alles andere als günstig war. Die Verunsicherung durch den Korea-Krieg und die Diskussion um die Wiederbewaffnung trugen zu einer Serie von für die CDU verlustreichen Landtagswahlen bei.

Heck gewann persönliches Profil in der Vorbereitung des Hamburger Bundesparteitages der CDU 1953. Über das dort verabschiedete Parteiprogramm, das in modifizierter Form für fünfzehn Jahre Bestand hatte, schrieb Heck in einer für ihn und die Zeit typischen Formulie-

rung: Der Neubau stehe auf „festen Grundmauern“, und jetzt gelte es, einen „Zustand behaglicher Wohnlichkeit“ zu erreichen.

Das Programm hob im Besonderen die soziale Kompetenz der Partei hervor. Die von der Bundesregierung zum Teil bereits verwirklichte Neuordnung des Systems der sozialen Sicherheit wurde als das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft beschrieben. Für diese Politik standen die Verabschiedung des Lastenausgleichs-, des Schwerbeschädigten-, Montan-Mitbestimmungs- und des Betriebsverfassungsgesetzes.

Der erfolgreiche Weg der CDU und Hecks engagierter Einsatz werden dazu beigetragen haben, dass er das latente Misstrauen Adenauers halbwegs überwinden konnte. Im Rückblick schrieb Heck, die Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzler sei „das härteste Brot“ gewesen, das er je gegessen habe. Seiner Loyalität Adenauer gegenüber hat das keinen Abbruch getan; auch im späten Rückblick sprach Heck mit großer Bewunderung von dem ersten Bundeskanzler.

Heck kamen schon in jungen Jahren Einsatzwille, Eloquenz und ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein zugute. Dabei war er offen für neue Erfahrungen. Er reiste in die USA, machte sich mit dortigen Methoden der Politik und der Wahlkampfführung vertraut und lernte die Rolle der Medien kennen. Er hat früh ihre wachsende Bedeutung auch für die junge Bundesrepublik erkannt und unter anderem 28 Jahre an der Spitze des Verwaltungsrates der Deutschen Welle gestanden – ein einmaliges und wohl nicht wiederholbares Phänomen.

Nicht zuletzt als Folge seines amerikanischen Lern- und Erfahrungsprozesses suchte Heck die CDU als moderne und zugleich auf Sicherheit und Bewahrung bedachte Volkspartei zu profilieren. Dem stand das Erscheinungsbild der SPD

Bruno Heck und Konrad Adenauer auf dem 12. Bundesparteitag der CDU im März 1964.

Foto: ACDP



gegenüber, die zu dieser Zeit auch programmoffiziell noch das marxistische Erbe des neunzehnten Jahrhunderts mitschleppte.

Der politische Aufstieg

Bei den Bundestagswahlen 1957 wurde Bruno Heck als Abgeordneter des Wahlkreises Rottweil-Tuttlingen direkt gewählt. Er hatte großen Anteil an der Organisation der in der Parteigeschichte bislang erfolgreichsten Bundestagswahlen gehabt: CDU und CSU errangen eine deutliche absolute Mehrheit. Bis zu seinem freiwilligen Verzicht 1976 hat Heck diesen Wahlkreis viermal mit klarem Vorsprung verteidigt. Das Amt des Bundesgeschäftsführers gab er 1958 auf, um sich zunächst ganz seiner parlamentarischen Tätigkeit zu widmen.

Hecks Aufstieg setzte sich auch im Bundestag fort. Unüblich für einen Neu-

parlamentarier, wurde er gleich Vorsitzender des Ausschusses für Kulturpolitik und Publizistik. Zwar scheiterte der Versuch, ihn 1962 zum Gründungsintendanten des ZDF zu bestimmen, am Widerstand der SPD, aber nach der „Spiegel-Affäre“ 1962 ernannte ihn Adenauer zum Bundesminister für Familie und Jugend. Ludwig Erhard, der Adenauer im Herbst 1963 ablöste, bestätigte ihn in seinem Amt.

Für Heck war das vergleichsweise kleine Familienministerium politisch keineswegs von untergeordneter Bedeutung, auch wenn er weiter gehende persönliche Ziele nicht aufgegeben hatte. In der bewussten Tradition der katholischen Soziallehre sah der Vater von sechs Kindern die intakte Familie als Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen. Heck stieß eine ganze Reihe von familienpolitischen Neuüberlegungen an,

und die erste breite gesetzliche Ausbildungsförderung geht auf ihn zurück.

Nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages durch Charles de Gaulle und Konrad Adenauer (1963) hat Heck den Aufbau des Jugendwerks vorangetrieben. Er gehörte zu der Generation christlich-demokratischer Politiker, die aus ihrer Kriegserfahrung die europäische Verständigung als eine zentrale Aufgabe sahen. Sie erkannten zugleich, dass die europäische Einigung und die deutsche Frage zwei Seiten einer Medaille seien – eine Politik, die unter Helmut Kohl zur Wiedervereinigung Deutschlands führen konnte.

„68“ und der politische Wandel

Mit Sorge und wachsendem Unmut beobachtete Heck die „Kulturrevolution“ von „68“. Zugeständnisse an den Zeitgeist kamen für ihn nicht infrage. Wie sein schwäbischer Landsmann Eugen Gerstenmaier formulierte, wusste Heck „eine scharfe Klinge zu schlagen gegen die Verhöhnung unserer Demokratie, die unter dem harmlos klingenden Namen der Demokratisierung“ von den Gegnern des freiheitlichen Rechtsstaates betrieben werde.

Für „progressive“ Kräfte war Heck mit seinen unmissverständlichen Ansichten über den Zusammenhang von Rechten und Pflichten, über Familie und Moral Symbol einer Zeit und eines Systems, das es zu überwinden galt. Tatsächlich wurde dieses Urteil weder seiner Rolle in der Programmdiskussion der CDU noch gar seiner Persönlichkeit gerecht. Freilich hat Heck dieses Missverständnis durch seine Diktion mitausgelöst beziehungsweise seinen Gegnern die entsprechenden Vorwände geliefert. Im Rückblick sah er diese Zeit differenzierter, ohne dass er Anlass gehabt hätte, seine grundsätzliche Beurteilung revidieren zu müssen.

Als Ludwig Erhard die Nachfolge Adenauers auch als Parteivorsitzender antrat, wählte die CDU-Bundespartei

Heck zum „geschäftsführenden Mitglied des Präsidiums“; er selbst wäre lieber Generalsekretär geworden. In den folgenden Jahren gehörte er zu jenen, die die Partei reformieren wollten, ohne ihre Konturen zu verwischen. Obwohl in diesem Anliegen mit dem in der Partei aufstrebenden Rainer Barzel einig, war er ein Widersacher von dessen weiterem politischen Aufstieg. „Wir sind fundamental verschiedene Leute“, äußerte Heck.

Heck stand so lange zu Erhard, wie dies politisch überhaupt möglich war. Als es Ende 1966 nach einem FDP-internen Streit zum Bruch der CDU/CSU-FDP-Koalition kam und Erhard zurücktreten musste, schienen diese Ereignisse Heck in seinem negativen Bild der FDP zu bestätigen. Für den praktizierenden Katholiken gehörten diese Liberalen weltanschaulich in das neunzehnte Jahrhundert, und in ihrer politischen Organisation hielt er sie für überflüssig. Er verwies darauf, dass mit Ernst Lemmer und Walther Schreiber prominente Liberale zu den Gründern der Union gehört hatten. *Die Zeit* attestierte ihm, sein „kühl abwägendes Urteil“ verlasse ihn, wenn es um die FDP gehe.

Heck zog in dieser Situation die Sozialdemokraten als Partner vor. Weltanschaulich und politisch hat er sich stets klar von der SPD abgegrenzt, aber das hinderte ihn nicht an der sachlich notwendigen Zusammenarbeit. Er hat die unter Kiesinger gebildete Große Koalition von CDU/CSU und SPD nachhaltig, freilich ohne Enthusiasmus befürwortet. Vor allem die Notstandsgesetzgebung, der er innen- und außenpolitisch große Bedeutung beimaß, und die Einführung des Mehrheitswahlrechtes wollte er in diesem Bündnis verwirklicht sehen. Später konstatierte Heck, man sei der SPD und im Besonderen Herbert Wehner „auf den Leim gegangen“, der die Union mit dem Mehrheitswahlrecht geködert, sein Wort aber bedenkenlos gebrochen habe, als

sich die Chance einer Regierungsübernahme mit der FDP bot.

Im Mai 1967 wurde Heck schließlich zum ersten Generalsekretär der CDU Deutschlands bestimmt. Angesichts des „präsidialen“ Führungsstils Kiesingers lag die Parteiführung damit faktisch in Hecks Händen. Seine Bemühungen zielten auf den Zusammenhalt und das Selbstverständnis der CDU als Volkspartei, deren politische Zukunftsfähigkeit er angesichts der unübersehbaren gesellschaftlichen und politischen Umbrüche sichern wollte. In der Großen Koalition stellte er sich im Besonderen massiv gegen den engsten Berater von Außenminister Willy Brandt, Egon Bahr. Dessen These vom „Wandel durch Annäherung“ sei, so Heck, durch die sowjetische Invasion der Tschechoslowakei im August 1968 „sichtbar“ widerlegt worden.

Heck schied im Herbst 1968 nicht ohne innerparteiliche Misstöne aus seinem Ministeramt aus und konzentrierte sich auf das „Berliner Programm“, das die CDU im selben Jahr beschloss. Helmut Kohl stellte später fest, es sei „wesentlich von Bruno Heck initiiert, vorbereitet und vorangetrieben worden“. Eine zentrale inhaltliche Modifikation kam in dem Satz zum Ausdruck: „Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands orientiert sich am christlichen Glauben und Denken.“ Mit dieser Formulierung vollzog die CDU in einer sich wandelnden Gesellschaft die Öffnung auch für Nichtgläubige, ohne die christlichen Grundlagen ihres Denkens und Handelns infrage zu stellen.

Heck hatte entscheidend zur programmatischen Modernisierung der CDU beigetragen, und als Generalsekretär führte er 1969 einen entschlossenen Wahlkampf, in dem sich die Partei auf den bisherigen Koalitionspartner SPD als Hauptgegner festlegte. Die CDU erlebte eine bis dahin nicht gekannte Wahlkampf mobilisierung. Sie wurde bei den Bundestagswahlen im September 1969

die mit Abstand stärkste Partei, aber SPD und FDP erreichten eine denkbar knappe Mehrheit im Deutschen Bundestag. Trotz äußerster Versuche gelang es der CDU-Führung nicht, die FDP von dieser Koalition abzuhalten.

Vor diesem Hintergrund stellte sich auch die Frage des CDU-Vorsitzes neu. Als 1971 Rainer Barzel und Helmut Kohl um den Parteivorsitz konkurrierten, gehörte Heck, der sich als erster prominenter Bundespolitiker für Kohl ausgesprochen hatte, zum Lager der Unterlegenen. Um das Amt des Generalsekretärs hatte er sich von vornherein nicht mehr beworben.

In der Ära Barzel konnte ihm keine entscheidende Rolle zufallen. Als Parlamentarier gehörte er zu den Kritikern der Ostpolitik Brandts, weil er das Prinzip von Leistung und Gegenleistung missachtet sah. Im Unterschied zu anderen Unionspolitikern lehnte Heck angesichts veränderter Realitäten die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht prinzipiell ab, hielt es aber für geboten, diese Frage mit der Überwindung der deutschen Teilung zu verknüpfen. Obwohl der von ihm unterstützte Helmut Kohl nach dem Scheitern Barzels 1973 zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, hat Heck keine neuen Funktionen in Partei oder Fraktion übernommen.

In die parlamentarische Auseinandersetzung griff er noch einmal unüberhörbar ein, als die so genannte Reform des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch auf der Tagesordnung stand, der die Abtreibung unter Strafe stellte. Die sozial-liberale Regierung setzte eine – später von Karlsruhe für grundgesetzwidrig erklärte – Regelung durch, die den Schutz des ungeborenen Lebens in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten faktisch preisgab. Sie argumentierte unter anderem mit der „sozialen Indikation“, die Heck aus der Haut fahren ließ. Es gebe, so seine unmissverständliche Haltung, nichts „Aso-

zialeres als eine Mutter, die ihrem Kind das Leben verweigert“.

Bei den Bundestagswahlen 1976 kandidierte Heck nicht wieder; er hielt die frühere Zusage ein, seinen Wahlkreis einem Jüngeren zu überlassen. Mit 59 Jahren zog er sich aus dem politischen Tagesgeschäft zurück.

Der Stiftungsvorsitzende

Heck sah sich deswegen noch lange nicht als „politischer Pensionär“. Bereits seit 1968 stand er als Nachfolger von Alfred Müller-Armack und Franz Thedieck, die bis dahin die Konrad-Adenauer-Stiftung geleitet hatten, an deren Spitze. Angesichts der bundespolitischen Verpflichtungen Hecks hatte der junge Bundestagsabgeordnete Manfred Wörner für einige Jahre den geschäftsführenden Vorsitz übernommen.

Die Stiftung bestand zu dieser Zeit aus vier Instituten, die sich der politischen Bildungsarbeit, entwicklungspolitischen Aufgaben, der Studienförderung und der Sozialforschung widmeten. Unter Hecks Vorsitz wurden die Institute in der Folge kontinuierlich ausgebaut; 1972 kam ein Institut für Kommunalwissenschaften hinzu, und 1976 zog die Stiftung in einen unter Hecks Leitung geplanten Neubau nach Sankt Augustin bei Bonn um. Sie beschäftigte schließlich etwa 600 Mitarbeiter.

Der Ausbau der Stiftung erfolgte auch unter dem Aspekt einer „Denkfabrik“ für die Christlich-Demokratische Union. Gleichwohl legte Heck aus rechtlichen wie aus inhaltlichen Gründen Wert auf Unabhängigkeit von der Partei. So konnte er überzeugend und erfolgreich Anfang der achtziger Jahre Presseverdächtigungen entgegentreten, die politischen Stiftungen seien „Geldwaschanlagen“ für die Parteien.

Eine weitere und für die inhaltliche Arbeit der Stiftung zentrale Einrichtung kam 1976 durch das „Archiv für Christ-

lich-Demokratische Politik“ (ACDP) hinzu, das auf Anregungen von Heinrich Krone und Helmut Kohl zurückging. Mit-auslöser war die Diskussion um die Ostverträge und entsprechende Legendenbildungen: Die Regierungsübernahme durch die sozial-liberale Koalition wurde von interessierter Seite als eine „Stunde null“ westdeutscher Ostpolitik interpretiert. Die Bemühungen früherer, CDU-geführter Bundesregierungen um den Dialog und die Kooperation mit den Staaten Mittel- und Osteuropas und auch um Kontaktversuche mit der DDR waren weithin unbekannt oder wurden bewusst unterschlagen. Sie gingen bis in die Adenauer-Zeit zurück und waren unter den Bundeskanzlern Erhard und Kiesinger intensiviert worden.

Ein besonderes Gewicht kam in der Stiftungsarbeit auch dem internationalen Bereich zu. Hecks Förderung dieses Aufgabenbereiches hing damit zusammen, dass die CDU bis zur Regierungsübernahme im Oktober 1982 auf den Gebieten Außen- und Entwicklungspolitik kaum tätig werden konnte. Das Auswärtige Amt war seit 1966 nicht mehr von einem CDU-Politiker geführt worden, und über die üblichen parlamentarischen Kontakte hinaus gab es für die Partei auf diesen Feldern nur geringe Wirkungsmöglichkeiten. Heck selbst hatte bis dahin in den genannten Bereichen keine nennenswerten Erfahrungen sammeln können, aber er wandte sich ihnen mit großem Interesse und Engagement zu. Der über Sechzigjährige lernte noch einmal Fremdsprachen, um seinen Aufgaben besser gerecht werden zu können.

Ohne Frage war Hecks außen- und sicherheitspolitisches Denken maßgeblich durch den Ost-West-Konflikt der fünfziger und sechziger Jahre geprägt worden. Auf seinen Studienreisen und in zahlreichen Gesprächskontakten, auch in der Stiftungszentrale selbst, lernte er die vielschichtige Problematik der so genannten

Dritten Welt kennen – und ebenso, dass die früheren Politikmuster sie nicht erschöpfend erklären konnten.

Besonders enge Beziehungen entwickelte Heck nach Lateinamerika, einem politischen Schwerpunkt der Stiftung. Dort hatte die „KAS“ in den siebziger und achtziger Jahren die Demokratieförderung in das Zentrum ihrer Arbeit gestellt. Sie suchte damit Gegengewichte aufzubauen gegen die gleichermaßen von linken wie rechten Extremisten gefährdeten Staaten: Marxistisch-leninistische Bewegungen auf der einen Seite und die rechts-extreme „Doktrin der nationalen Sicherheit“ auf der anderen Seite bedrohten die Menschen in ihren elementaren Rechten und zugleich die Entwicklung dieser Länder. Die Stiftung ging in ihrer Konzeption davon aus, dass Freiheit und Demokratie dauerhaft nur gesichert werden konnten, wenn auch die sozialen und ökonomischen Bedingungen für die Menschen verbessert werden würden.

Heck hat solche konzeptionellen Ansätze der Stiftung unterstützt und auch die entsprechenden Programme, selbst wenn er nicht in jedem Fall mit den Ansichten seiner Gesprächspartner vor Ort übereinstimmte. Viele von ihnen sahen sich zwar als christliche Demokraten, standen aber inhaltlich weit „links“ von der deutschen CDU. Besondere Probleme hatte er mit der auch unter christlich-demokratischen Politikern Lateinamerikas verbreiteten, ihm persönlich ganz fremden USA-feindlichen Rhetorik.

Mitte der achtziger Jahrespitze sah die Situation zu, als in der Bundesrepublik eine heftige Zentralamerika-Debatte entbrannte. Die Stiftung hatte sich bemüht, ihren christlich-demokratischen Partnerorganisationen beizustehen, die in den Bürgerkriegsstaaten El Salvador und Nicaragua von gegensätzlichen politischen Kräften bedroht wurden. Eine Reihe von Mitarbeitern dieser Organisationen war Anschlägen zum Opfer gefallen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung sah sich wegen ihres Engagements einer öffentlichen Kampagne des internationalen Netzwerkes linker und linksextremer Gruppierungen ausgesetzt, die zum Teil von östlichen Geheimdiensten instrumentalisiert wurden. Selbst aus demokratischen Parteien der Bundesrepublik und kirchlichen Kreisen erhielt dieses Netzwerk Unterstützung. Die Aktionen kulminierten in dem Vorwurf, die Stiftung habe sich in den Dienst der CIA gestellt und Gelder aus dieser Quelle nach Zentralamerika weitergeleitet. Ziel der Kampagne war es, die Förderwürdigkeit der Stiftung in Deutschland infrage zu stellen und ihre Glaubwürdigkeit vor Ort zu zerstören. Heck hat das sehr getroffen, und er ist diesen unaufrichtigen Manövern mit großem persönlichen Einsatz entgegengetreten.

Schon früh hatte Heck den Blick auch nach Mittel- und Osteuropa gerichtet. Im Besonderen über die Deutsche Bischofskonferenz knüpfte er Kontakte nach Polen, und die Verbindung zu den dortigen demokratischen Kräften ermöglichte schon 1989 die Gründung einer Außenstelle in Warschau.

Mit einer Vielzahl hoher Auszeichnungen, die er auch als Würdigung der Stiftungsarbeit verstand, ist Hecks internationales Engagement belohnt worden.

„Wagemut und Bürgersinn“

Zu Hecks humanistischem Bildungsideal gehörte, dass er begeistert Sport trieb. Das „Goldene Sportabzeichen“, das er noch als Minister erwarb, erfüllte ihn mit größerem Stolz als mancher seiner zahlreichen Orden. Die Liebe zur schwäbischen Heimat und seine sportliche Neigung verband er in ausgedehnten Wanderungen im Familien- und Freundeskreis.

Es hat den ehemaligen Studienrat Bruno Heck mit besonderem Stolz erfüllt, dass ihm der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth anlässlich

seines siebzigsten Geburtstages den Professorentitel verlieh. Der damalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, mithin einer der Nachfolger Hecks, schrieb ihm zu diesem Geburtstag, in seiner Stiftungsarbeit verkörpere er „eine Synthese von Geist und Politik, die nicht im Grundsätzlichen verharret, sondern beharrlich für die konkrete Tat eintritt“.

Im Frühjahr 1989 gab Bruno Heck nach mehr als zwanzig Jahren den Vorsitz der Konrad-Adenauer-Stiftung an den ehemaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel weiter. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ernannte ihn zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

Bruno Heck war für die Mitarbeiter der Stiftung keineswegs ein immer einfacher Vorgesetzter; er stellte hohe Anforderungen an sich und andere, und er gehörte auch nicht zu dem „austauschbaren“ Politikertypus, der heute verbreitet scheint. Er war hochbelesen, streitbar und, was den Widerspruch nicht gerade erleichterte, von geschliffener Rhetorik. „Politischer Wagemut und Bürgersinn des Gebildeten“ wurden ihm zugeschrieben (Alois Rummel), aber auch die für seine schwäbische Landsmannschaft nicht untypische Hartnäckigkeit mit Ecken und Kanten, an denen sich die Menschen rieben. Konsequenter beharrte er auf seinem Standpunkt, wenn es ihm sachlich oder moralisch geboten schien. So stand er, der als junger Mann die Rolle seiner Generation im so genannten Dritten Reich kritisch hinterfragt hatte, fest an der Seite des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger, als dieser 1978 wegen seiner Tätigkeit als Marinestabsrichter im Zweiten Weltkrieg Zielscheibe öffentlicher Kritik wurde. Heck war davon überzeugt, dass sich diese Kampagne gegen die Kriegsgeneration insgesamt richtete, und das konnte für ihn aus intellektuellen und moralischen Gründen nicht infrage kommen.

Für seine Kritiker war Heck ein „konservativer Moralist“ (*Die Zeit*), für seine Freunde „gläubig tätig auf festem Grund“, so Heinrich-Basilius Streithofen. In einem Nachruf beschrieb er die private Seite Bruno Hecks, für die Familie und die Freunde sei er „wie ein Patriarch gewesen“. Streithofen unterschlug aber nicht, dass Heck in seiner ausgeprägten Fürsorglichkeit „leicht autoritär“ gewesen sei.

Wohl zu allen Zeiten hatten Wallfahrten eine religiöse und eine gesellschaftliche Funktion, und in diese Tradition stellte sich auch Bruno Heck. Begleitet von Freunden, wanderte er in mehreren Jahrestappen nach Rom und an das Grab des heiligen Jacob nach Santiago de Compostela. Die letzte Wallfahrt führte über Griechenland und das Mittelmeer nach Haifa; von dort erreichte er zu Fuß Jerusalem. Über „viele Rosenkränze“, die auf den Wallfahrten gebetet worden seien, berichteten seine Freunde, aber auch darüber, dass in abendlicher Runde der gute Tropfen nicht zu kurz gekommen sei.

Eugen Gerstenmaier, der große Protestant, beschrieb Hecks persönliches Verhältnis zur katholischen Kirche so, dass „die Dankbarkeit für die Orientierung seines Lebens“, die er erfahren habe, „noch vor dem Respekt und Gehorsam gegen ihre Gebote“ gestanden habe. Seine traditionelle, aber nicht traditionalistische Frömmigkeit verband Heck mit hoher theologischer Bildung. Aus seiner bewussten Katholizität ergab sich für ihn eine im Alltag immer wieder bewährte ökumenische Offenheit.

Ein halbes Jahr nachdem er den Stiftungsvorsitz abgegeben hatte, starb Bruno Heck am 16. September 1989 plötzlich und unerwartet auf einer Wanderung durch seine schwäbische Heimat. Nur wenige Wochen später fiel die Berliner Mauer, und die deutsche und europäische Einigung, die ihm so sehr am Herzen lag, konnte vollendet werden.